

GR. Thomas RAJAKOVICS

21.09.2006

A N F R A G E

Betr: Selbstständiger Gelderwerb im öffentlichen Raum

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Wir werden heute noch einen dringlichen Antrag zum Thema Betteln haben, bzw. einen zweiten zum Thema Ordnungsamt.

Bei ersterem kann man davon ausgehen, dass Karl Heinz Herper das Thema, Toleranz und Menschenrechte ins treffen führen wird.

Mir fällt dazu nur die eigenartige Aufregung um das Asylwerberheim in Puntigam ein, wo der SPÖ Bezirksvorsteher mit der Rückendeckung des SPÖ Clubobmanns, nicht nur an einer Demonstration gegen 30 Asylwerber teilgenommen hat, sondern, diese selbst organisiert und angemeldet hat.

Ganz anders, als sein ÖVP BV-Stellvertreter, der besonnen im Sinne unseres Bürgermeisters versucht hat die Situation zu deeskalieren und Ängste und Vorurteile abzubauen.

In diesem Zusammenhang hat Bürgermeister Nagl auch die „Hardliner“ unter den Asylwerbergegnern zu sich ins Büro gebeten und auch mit der Caritas ein eingehendes Gespräch geführt. Letztlich hat sich die Diskussion beruhigt, auch, weil der Bürgermeister mit der Caritas die Asylwerber für gemeinnützige Tätigkeiten im Bezirk einsetzt.

Zu unserer Überraschung war es diesmal Kollege Eichberger, der mit Unterstützung seines Clubobmannes, Rasen mähen während der Hitze für Senioren, das Baumschneiden nach den Sturmschäden, oder die Hilfe bei der Gestaltung des Pfarrvorplatzes als rechtlich nicht gedeckt bezeichnete.

Es ist also, für einige scheinbar ein Problem, wenn Asylwerber in ein Haus ziehen, das noch dazu von der Caritas betreut wird, oder wenn sie sich für eine Aufwandsentschädigung an gemeinnützigen Arbeiten beteiligen.

Kein Problem gibt es, wenn Touristen, die in ihrem Heimatland von der Sozialhilfe unterstützt werden, im Bezirk Gries untergebracht werden und diese dann an öffentlichen Plätzen bettelnd Geld verdienen.

Daher richte ich an Dich sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens des ÖVP Clubs folgende

A n f r a g e ,

In einigen Ländern der Welt wird Betteln als Arbeit betrachtet. Jene Slowaken, der Volksgruppe der Roma, die im Vinziness untergebracht werden, betrachten Betteln auch als Arbeit. Sie reisen allerdings als Touristen ein und führen die dafür notwendigen Barmittel mit sich. Welche Richtlinien gibt es für das Geldverdienen im öffentlichen Raum bzw. ist Betteln, Strassenmusik, Strassenmalerei etc. als freiberufliche selbstständige Erwerbstätigkeit zu bezeichnen und welche Vorschriften sind dabei einzuhalten.

Klubobfrau, Gemeinderätin
Mag. Maxie Uray-Frick

Herrn
Bürgermeister
Mag. Siegfried Nagl
Rathaus
8010 Graz

Dienstag, 19. September 2006

Betreff: **Reduzierung von Gemeinderat und Stadtsenat;** mündliche Anfrage

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Nicht nur, dass unzählige Male bereits in Form von dringlichen Anträgen und Anfragen die Überlegung diskutiert wurde, ob nicht eine Reduzierung der Anzahl der Mitglieder im Grazer Gemeinderat und im Stadtsenat sinnvoll wäre, gab es ja eine Zeit lang auch Sitzungen, um sich mit der Statutenänderung zu befassen.

Die Meinung des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs dazu ist ja allgemein bekannt und ich brauche daher nicht näher darauf eingehen.

Aber je näher offensichtlich die Grazer Gemeinderatswahl rückt, desto mehr herrscht Schweigen im Walde, sprich in der Thematik einer Statutenänderung. Ich nehme ja nicht an, dass die Klubobleute und Gemeinderäte der Regierungsparteien ganz heimlich, dafür aber um so effizienter über den Sommer daran gearbeitet haben.

Wenn es Ihnen mit einer Statutenänderung ernst ist, dann sollte dem Gemeinderat möglichst rasch ein Vorschlag zur Beschlussfassung vorgelegt werden.

Dass für uns die Reduzierung des Stadtsenates und des Gemeinderates eine vordringliche Forderung ist, möchte ich nur abschließend noch einmal festhalten. Und da ja auf Landesebene auch nicht gerade friedvolles Miteinander herrscht, wird man wohl auch dem Landtag einige Zeit gewähren müssen, um eine Gesetzesänderung herbeizuführen.

Namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs stelle ich daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

A n f r a g e ,

wann endlich mit einer Beschlussfassung im Gemeinderat über eine letztendlich vom Landtag zu beschließende Änderung des Grazer Statuts, die auch dem Postulat einer sparsamen Verwaltung gerecht wird, zu rechnen ist?

Gemeinderätin
Dr. Andrea Sickl

Herrn
Bürgermeister
Mag. Siegfried Nagl
Rathaus
8010 Graz

Dienstag, 19. September 2006

Betr.: **Universitätsviertel – Videoüberwachung und Lärmmessung;**
mündliche Anfrage

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Die großen Erfolge der Videokamera am Jakominiplatz, die Akzeptanz dieser Maßnahme in der Bevölkerung, die positiven Rückmeldungen der Polizei und nicht zuletzt nunmehr endlich auch die Zustimmung dieser Form der Kriminalitätsbekämpfung bei nahezu allen politischen Parteien lassen keinen Zweifel mehr an der Sinnhaftigkeit und auch Notwendigkeit des Einsatzes von Videokameras aufkommen.

Die Anrainer des sogenannten Universitätsviertels kämpfen nach wie vor mit nächtlicher Ruhestörung, Vandalismus, tumultartigen Versammlungen, Raufereien und anderen teilweise auch kriminellen Beeinträchtigungen der Lebensqualität.

Vieles wurde schon versucht, nur wenig hat wirklich einen spürbaren Erfolg gebracht. Ich glaube es ist höchst an der Zeit, dass die Stadt Graz mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln korrigierend eingreift.

Neben einer Videoüberwachung einzelner Straßenzüge und neuralgischer Punkte wäre auch eine Lärmmessung wünschenswert, damit bei Überschreitung eines objektiv festgestellten Grenzwertes unverzüglich an Ort und Stelle eingegriffen werden kann.

Namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs stelle ich daher die

A n f r a g e ,

ob Sie bereit sind, die Möglichkeiten des Einsatzes von (technisch problemlos möglicher) Videoüberwachung mit mobilen Geräten und Lärmmessung im Universitätsviertel zu prüfen und in weiterer Folge natürlich auch umsetzen zu lassen?

Gemeinderätin
Dr. Andrea Sickl

Herrn
Bürgermeister
Mag. Siegfried Nagl
Rathaus
8010 Graz

Dienstag, 19. September 2006

Betr.: **Soko Wirtshaus**; mündliche Anfrage

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Zeitungsmeldungen zufolge ist der Erfolg der neu eingerichteten sogenannten Soko Wirtshaus ein Erfolg mit Beigeschmack. Während von einem Stadtsenatsreferenten nur Lob und durchwegs positive Meldungen zu hören sind, zeichnen manche Anrainer ein gänzlich anderes Bild.

Für zusätzliche Verwirrung, in wie weit man nun überhaupt von einem Erfolg sprechen könne oder nicht, sorgt die Tatsache, dass im Rahmen des Jugendschutzes gleich drei Stadtsenatsreferenten zuständig sind, die drei unterschiedliche Bereiche zu kontrollieren haben. So hat die Magistratsabteilung A17 – Bau- und Anlagenbehörde die Vollziehung des Jugendschutzgesetzes im Rahmen des Prostitutionsgesetzes (Jugendliche haben Betretungs- und Aufenthaltsverbot in Bordellen), zu vollziehen, der Magistratsabteilung A2 obliegt die Vollziehung des Jugendschutzgesetzes im Rahmen der Gewerbeordnung/Alkoholausschank und schließlich trifft die Magistratsabteilung A6 – Amt für Jugend und Familie die Vollziehung des Jugendschutzgesetzes in allen übrigen Bereichen.

Die Schanigartensaison neigt sich in diesem Kalenderjahr bereits dem Ende zu. Es wäre schön, wenn man aus dem heurigen Jahr positive wie negative Erfahrungen diskutieren könnte, um für das kommende Jahr einen Erfolg ohne Beigeschmack zu erzielen. Wichtig wäre meiner Meinung nach auch, wenn man die Dreiteilung des Zuständigkeitsbereiches durch eine Änderung der Geschäftseinteilung vereinfachen könnte.

Namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs stelle ich daher die

A n f r a g e ,

ob Sie bereit sind, dem Gemeinderat in Form eines Informationsberichtes eine Bilanz der Soko Wirtshaus vorzulegen, damit diese in einem Arbeitskreis, sowohl in inhaltlicher, struktureller, präventiver und erzieherischer Sicht, als auch im Hinblick auf die Dreiteilung der Zuständigkeit diskutiert werden kann?

Gemeinderat
Mag. Harald Korschelt

Herrn
Bürgermeister
Mag. Siegfried Nagl
Rathaus
8010 Graz

Dienstag, 19. September 2006

Betreff: Strukturierte Kontrolle; mündliche Anfrage

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Die Aufteilung der verschiedenen Kontrolltätigkeiten des Magistrates ist meiner Meinung nach nicht mehr zeitgemäß, unrentabel und ineffizient. Ein sogenanntes Kontrollamt, das sämtliche Kontrollen durchführt, die der Magistrat wahrzunehmen hat, würde Zeit, Personal und Geld sparen.

Dabei geht es mir nicht darum, einen Polizeiapparat zu schaffen, sondern ich möchte die bereits bestehende Kontrolltätigkeit des Magistrates besser strukturieren. Wesentlich ist für mich, dass Synergieeffekte genutzt werden. Mein Ziel ist es, dass jeder Kontrollor nicht nur einen kleinen Teilbereich kontrolliert, sondern beispielsweise einen zu kontrollierenden Betrieb auf die Einhaltung sämtlicher Bestimmungen hin überprüft.

Im Gastgewerbe etwa sind Kontrollen betreffend Gewerberecht, Hygienevorschriften oder die Größe des Gastgartens durchzuführen. Nun ist es doch widersinnig, wenn ein Kontrollor vorbeikommt und nach Überprüfung der Hygiene in der Küche durch den Gastgarten geht, ohne diesen auch gleich zu überprüfen. Nach dem Motto, 'einer kontrolliert alles' würden Personal, Zeit und Geld gespart werden. Zudem könnten die Kontrolltätigkeiten gebündelt und somit rascher abgewickelt werden, was nicht nur dem kontrollierenden Magistrat, sondern auch den kontrollierten Betrieben und Einzelpersonen entgegen kommen würde.

Namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs stelle ich daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

A n f r a g e ,

ob Sie bereit sind eine Neustrukturierung sämtlicher Kontrolltätigkeiten des Magistrates Graz im Sinne der Sparsamkeit und Effizienz überprüfen zu lassen?



Gemeinderatsklub SPÖ Graz

A - 8010 Graz-Rathaus
Telefon: (0316) 872-2120
Fax: (0316) 872-2129
email: spoe.klub@graz.at
www.graz.spoe.at/gemeinderatsklub

Betrifft: Verweigerung der Gastgartenausdehnung

MÜNDLICHE ANFRAGE

gemäß § 16 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat
von Gemeinderat Klaus Eichberger
an Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl
in der Sitzung des Gemeinderates
vom 21. September 2006

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Seit Monaten bemüht sich Herr Fritz Walter, Inhaber des „Don Camillo“ & „Peppone“ am Franziskanerplatz, um die Ausdehnung seines Gastgartens um ca. 30 m². Abgesehen von einem wenig kundenorientierten Verhalten des zuständigen Amtes blieb auch sein letztmaliges – hoffentlich den Vorstellungen des Straßenamtes entsprechendes – Ansuchen vom 21. Juli 2006 bis dato unbeantwortet und unerledigt.

Unverständlich ist die negative Behördeneinstellung, da durch die gewünschte Ausdehnung des Gastgartens ein neuer Arbeitsplatz geschaffen hätte werden können und zusätzliche Einnahmen für die Stadt erzielbar gewesen wären. Die Vorgangsweise der Behörde ist in diesem Fall nicht nachvollziehbar, da noch dazu keine verkehrssicherheitstechnischen Vorschriften verletzt werden.

Ich stelle daher an dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

Anfrage,

ob du bereit bist, die zuständige Fachabteilung klären zu lassen, welche objektiven Beweggründe im konkreten Fall gegen die genannte Ausdehnung sprechen bzw. unter welchem Gesichtspunkt zumindest nächstes Jahr eine Ausdehnung möglich ist.

KPÖ – Gemeinderatsklub

KPÖ – Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114 – 118
Tel: 0316 / 872 2151
0316 / 872 2152
0316 / 872 2153
Fax: 0316 / 872 2159
Email: kpoe.klub@stadt.graz.at

Graz, am 21. September 2006

Gemeinderat Hubert Reiter

Anfrage an den Bürgermeister

Betreff: **Induktionsschleife bei künftigen Straßenprojekten**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Bei neuen Straßenprojekten und Straßensanierungen wird teilweise für Linksabbieger sogenannte Induktionsschleifen unmittelbar vor der Haltelinie eingebaut, die die Verkehrssignalanlage beeinflusst. Viele Verkehrsteilnehmer fahren allerdings nicht bis zum Haltestreifen vor, weshalb dann die Ampel nicht auf Grün schaltet. Grund dafür ist, dass Autofahrer gewohnt sind, sich einen freien Blick zur Ampel zu erhalten, was nur erschwert möglich ist, wenn man zur Haltelinie vorfährt. Teilweise gibt es auch Hinweisschilder, die die Verkehrsteilnehmer auffordert bis zur Haltelinie vorzufahren. Allerdings sind diese Schilder nur in deutscher Sprache und werden auch vielfach ignoriert, da sie im bestehenden ‚Schilderwald‘ auch leicht zu übersehen sind.

Ein Lösungsansatz wäre, wenn die Induktionsschleife um einige Meter zurückversetzt würden und die Grünphase bereits eine Autolänge vor der Haltelinie auslösen würde. Dadurch würden sich auch die Zusatzschilder erübrigen.

Im Namen des KPÖ-Gemeinderatsklubs richte ich daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende

Anfrage:

Sind Sie bereit, die zuständigen Stellen mit der Prüfung zu beauftragen, ob bei künftigen Straßenprojekten und umfassenden Straßensanierungen der Einbau der Induktionsschleife wie im Motivenbericht erwähnt rückversetzt erfolgen kann?

KPÖ – Gemeinderatsklub

KPÖ – Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114 – 118
Tel: 0316 / 872 2151
0316 / 872 2152
0316 / 872 2153
Fax: 0316 / 872 2159
Email: kpoe.klub@stadt.graz.at

Graz, am 21. September 2006

Gemeinderätin Gerti Schloffer

Anfrage an den Bürgermeister

Betreff: **Strafandrohungen in öffentlichen Toiletteanlagen**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Als der Gemeinderat für die öffentlichen Toiletteanlagen in Graz eine Gebührenpflicht für die Benutzung beschlossen hatte, wurde in den Gesprächen zuvor betont, dass es sich dabei in erster Linie um eine für die Stadt Graz steuerbegünstigende Maßnahme halte.

Mehrfach wurden wir seit der Einführung aber darauf aufmerksam gemacht, dass sich jetzt auf Grund dieses Beschlusses in den öffentlichen Toiletteanlagen Hinweisschilder befinden, die unter Strafandrohung die BenutzerInnen zur Gebührenentrichtung auffordern.

Im Namen des KPÖ-Gemeinderatsklubs richte ich daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende

Anfrage:

Sind Sie bereit, die Liegenschaftsverwaltung der Stadt Graz um eine Neuformulierung dieses Textes ohne Strafandrohung zu ersuchen, die eine einladende Komponente enthält und die Gastfreundlichkeit der Stadt Graz hervorhebt?

KPÖ – Gemeinderatsklub

KPÖ – Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114 – 118
Tel: 0316 / 872 2151
0316 / 872 2152
0316 / 872 2153
Fax: 0316 / 872 2159
Email: kpoe.klub@stadt.graz.at

Graz, am 21. September 2006

Gemeinderat: Johann Slamanig

Anfrage an den Bürgermeister

Betreff: **Starhemberggasse, Ruhender LKW-Verkehr**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Die Starhemberggasse wird seit einiger Zeit zunehmen als nächtlicher Parkplatz für schwere Lastkraftfahrzeuge zweckentfremdet.

Die Straßenverkehrsordnung sieht für den Wohnbereich in der Zeit von 22 bis 6 Uhr vor, dass ruhender LKW-Verkehr mindestens 25 Meter von Wohnhäusern entfernt sein muss.

In der Starhemberggasse ist das nicht gegeben. Deshalb kommt es in den Nachtstunden zu einer Abgas- und Lärmbelästigung der Wohnbevölkerung.

Gemeinsam mit Anrainern schlagen wir vor, dass entsprechend der Straßenverkehrsordnung in der Starhemberggasse ein Parkverbot für Schwerverkehr verordnet und umgesetzt wird.

Deshalb richte ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens der KPÖ-Fraktion folgende

Anfrage:

Sind Sie bereit, sich für ein Parkverbot für schwere Lastkraftfahrzeuge in der Starhemberggasse einzusetzen?